



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

---

Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

---

**2010/2027(INI)**

15.7.2010

## **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der  
Geschlechter

für den Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

zu der demografischen Herausforderung und der Solidarität zwischen den  
Generationen  
(2010/2027(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Edit Bauer

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter ersucht den federführenden Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- unter Hinweis auf das UN-Übereinkommen von 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW),
  - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 3. Februar 2009<sup>1</sup> zur Beseitigung der geschlechtsbedingten Diskriminierung und zur Solidarität zwischen den Generationen,
- A. in der Erwägung, dass der geschlechtsspezifische Aspekt der Beziehungen zwischen den Generationen berücksichtigt werden muss,
- B. in der Erwägung, dass die Erwerbsquote von Frauen und Männern im Alter zwischen 20 und 64 Jahren nach den ehrgeizigen beschäftigungspolitischen Zielen der Strategie Europa 2020 bis 2020 auf 75 % erhöht werden soll, während die EU gleichzeitig vor einer demografischen Herausforderung steht,
- C. in der Erwägung, dass Eltern in Zeiten des demografischen Wandels eine besonders wichtige Rolle innehaben, da sie sowohl als Arbeitnehmerinnen als auch als (Ko-)Mütter und Väter gebraucht werden, wobei vermieden werden sollte, dass diese Doppelbelastung nur die Mütter trifft,
- D. in der Erwägung, dass der demografische Wandel erheblichen Einfluss auf das Privat- und Berufsleben der Menschen insbesondere bei Frauen hat, wobei der Mangel an Dienstleistungen, die geringen Unterstützungsleistungen, die nur langsame und schwierige Eingliederung in den Arbeitsmarkt, die lange Verweildauer in unsicheren und befristeten Arbeitsverhältnissen und die unzureichende Unterstützung junger Ehepaare zu den Gründen gehören, die junge Menschen veranlassen, die Familiengründung und die Familienplanung hinauszuschieben,
- E. in der Erwägung, dass Frauen länger leben als Männer und einen wachsenden Anteil der älteren Bevölkerung ausmachen,
- F. in der Erwägung, dass in Mitgliedstaaten und Regionen, in denen effektive, flexible und integrierte Systeme der sozialen Sicherheit vorhanden sind, die Geburtenrate höher ausfällt, obwohl die Frauenbeschäftigungsquote hoch ist,
- G. in der Erwägung, dass es in allen europäischen Ländern nicht genügend junge Handwerker gibt, während die Erfahrungen und Fertigkeiten älterer Menschen nicht hinreichend geschätzt werden und deshalb die Gefahr besteht, dass Handwerksberufe verschwinden könnten, insbesondere solche, die seit jeher eher von Frauen ausgeübt werden,

---

<sup>1</sup> ABl. C 67E vom 12.3.2010, S. 31

1. fordert, dass der Gleichstellungsfrage bei den Überlegungen über die demografische Herausforderung und die Solidarität besondere Beachtung geschenkt wird, da die Beziehungen zwischen den Geschlechtern den gesamten Lebenszyklus von der Geburt bis ins hohe Alter bestimmen, indem sie den Zugang zu Ressourcen und Möglichkeiten beeinflussen und die Lebensplanung in jedem Lebensabschnitt prägen;
2. ist der Ansicht, dass die Solidarität zwischen den Generationen, insbesondere im Hinblick auf die Geschlechterfrage, unbedingt gefördert werden muss, und zwar durch eine zielgerichtete Steuerpolitik, Maßnahmen zur Förderung des aktiven Alterns, wohnungsbaupolitische Maßnahmen und die Einrichtung integrierter Netzwerke für Dienstleistungen für Kinder, ältere Menschen sowie behinderte und abhängige Menschen, im Hinblick auf eine positive Wirkung auf die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben;
3. betont, dass das geschlechtsbedingte Lohngefälle zwischen Männern und Frauen, das in der EU-27 gegenwärtig 17 % beträgt, behoben werden muss, da es geringere Einkommen nach der Geburt des ersten Kindes und später niedrigere Renten und ein höheres Armutsrisiko für ältere Frauen zur Folge hat;
4. unterstreicht die Bedeutung individuell bemessener Sozialversicherungs- und Rentenansprüche unter Berücksichtigung unentgeltlich erbrachter Betreuungsleistungen;
5. hebt die Tatsache hervor, dass die Vereinbarung von Beruf und Familie nur dann möglich ist, wenn unbezahlte Betreuungspflichten gerechter zwischen Frauen und Männern aufgeteilt werden und wenn für Familien zugängliche und erschwingliche Betreuungsangebote von guter Qualität zur Verfügung stehen; fordert die Mitgliedstaaten auf, zugängliche, erschwingliche, flexible und hochwertige Dienste und insbesondere den Zugang zu Kinderbetreuungseinrichtungen sicherzustellen mit dem Ziel, den Betreuungsbedarf für Kinder im Alter von bis zu 3 Jahren zu 50 % und für Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren zu 100 % zu decken, sowie für sonstige Betreuungsbedürftige einen verbesserten Zugang zu entsprechenden Einrichtungen sicherzustellen sowie angemessene Urlaubsregelungen für Mütter und Väter zu gewährleisten;
6. hält Maßnahmen für erforderlich, mit denen die Regelungen nicht nur in Bezug auf Mutterschaftsurlaub, sondern auch auf Vaterschaftsurlaub und Elternurlaub für berufstätige Väter verbessert werden;
7. erkennt an, dass ältere Frauen oft auf dem Arbeitsmarkt einer direkten oder indirekten Diskriminierung und sogar Mehrfachdiskriminierung ausgesetzt sind und dass es sich dabei um eine Situation handelt, die in geeigneter Art und Weise angegangen werden muss;
8. fordert Maßnahmen, mit denen die Freiwilligentätigkeit von im Ruhestand befindlichen Frauen und älteren Frauen gefördert wird, indem ihren beruflichen Fähigkeiten ein höherer Stellenwert eingeräumt wird;
9. würdigt die wichtige Rolle älterer Frauen im Bereich der Betreuung, deren Leistung oft unterschätzt wird und die zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie beitragen können;

10. fordert eine stärkere Einbeziehung von Frauen aller Altersgruppen in Programme für lebenslanges Lernen;
11. ersucht das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen, die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Generationen zu beobachten und sie auf der Grundlage von Indikatoren, aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Altersgruppe, zu analysieren;
12. fordert, dass Initiativen Anerkennung finden, mit denen jüngere und ältere Menschen unterstützt werden, die ein generationenübergreifendes Unternehmen gründen möchten;
13. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Sozialversicherungssysteme zu überprüfen, bei denen erhebliche Unterschiede zwischen den Renteneinkommen von Männern und Frauen bestehen, und die Möglichkeiten in Betracht zu ziehen, Berichtigungsfaktoren einzuführen, die die Ausfallzeiten bei den Beitragszahlungen aufgrund von befristeten Beschäftigungsverhältnissen oder Mutterschaftsverpflichtungen berücksichtigen;
14. ist der Ansicht, dass Dienste für die häusliche Pflege älterer Menschen unterstützt und eingerichtet werden könnten, indem autonome und kooperative Formen der Arbeitsorganisation anhand von Vereinbarungen mit lokalen Behörden und spezifischen Gutscheinen für Familien gefördert werden;
15. betont, dass die digitale Kluft, von der vor allem Frauen und insbesondere ältere Frauen betroffen sind und die zu beruflicher und sozialer Ausgrenzung führt, u. a. dadurch überwunden werden kann, indem Schulen experimentelle Initiativen zur Förderung der IT-Kompetenzen organisieren;

## ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	14.7.2010
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+: 28 -: 1 0: 0
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Regina Bastos, Edit Bauer, Emine Bozkurt, Marije Cornelissen, Silvia Costa, Tadeusz Cymański, Edite Estrela, Ilda Figueiredo, Iratxe García Pérez, Zita Gurmai, Lívia Járóka, Teresa Jiménez-Becerril Barrio, Nicole Kiil-Nielsen, Rodi Kratsa-Tsagaropoulou, Elisabeth Morin-Chartier, Siiri Oviir, Antonyia Parvanova, Nicole Sinclair, Joanna Katarzyna Skrzydlewska, Eva-Britt Svensson, Marc Tarabella, Britta Thomsen, Anna Záborská
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)</b>	Jill Evans, Christa Kläß, Mariya Nedelcheva, Chrysoula Paliadeli, Sirpa Pietikäinen, Zuzana Roithová